

Daten und Fakten zur Schulpolitik

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

seit April 2016 hat Baden-Württemberg eine grün-schwarze Landesregierung. Der Koalitionsvertrag zwischen GRÜNEN und CDU bezeichnet die Leitlinien der Bildungspolitik als verlässlich, vielfältig und erfolgreich. Die GEW hat dies positiv aufgenommen und damit die Erwartung verbunden, die wichtigen Reformen unter Grün-Rot fortzuführen und zu verstetigen.

Inzwischen hat die Landesregierung einige Veränderungen eingeleitet: Die Grundschulempfehlung muss den weiterführenden Schulen wieder vorgelegt werden, Realschulen können leistungsdifferenzierte Gruppen und Klassen bilden, die Ausgestaltung des Ganztags ist in der Diskussion, ein Bildungscontrolling soll eingeführt werden, der Landesrechnungshof prüft den Ressourceneinsatz im Kultusbereich, Lehrerstellen werden gestrichen. Welche Auswirkungen haben diese Maßnahmen?

Die GEW wird weiterhin deutlich machen, welche Rahmenbedingungen wir für gute Bildung brauchen. Prof. Klaus Klemm hat im Auftrag der GEW Baden-Württemberg den Ressourcenbedarf an Grundschulen berechnet. Außerdem hat die GEW eine Studie zur Analyse der Lehrerfortbildung initiiert. Diese wird von Wissenschaftler/innen der Universität Tübingen erstellt. Wir erwarten erste Ergebnisse im Herbst 2017.

Zu einigen zentralen Herausforderungen der kommenden Monate und Jahre haben wir in dieser Info aktuelle empirische Materialien zusammengestellt. Ich freue mich, wenn diese zu einer sachlichen und zukunftsorientierten Debatte beitragen.

Mit kollegialen Grüßen,



Doro Moritz, Landesvorsitzende

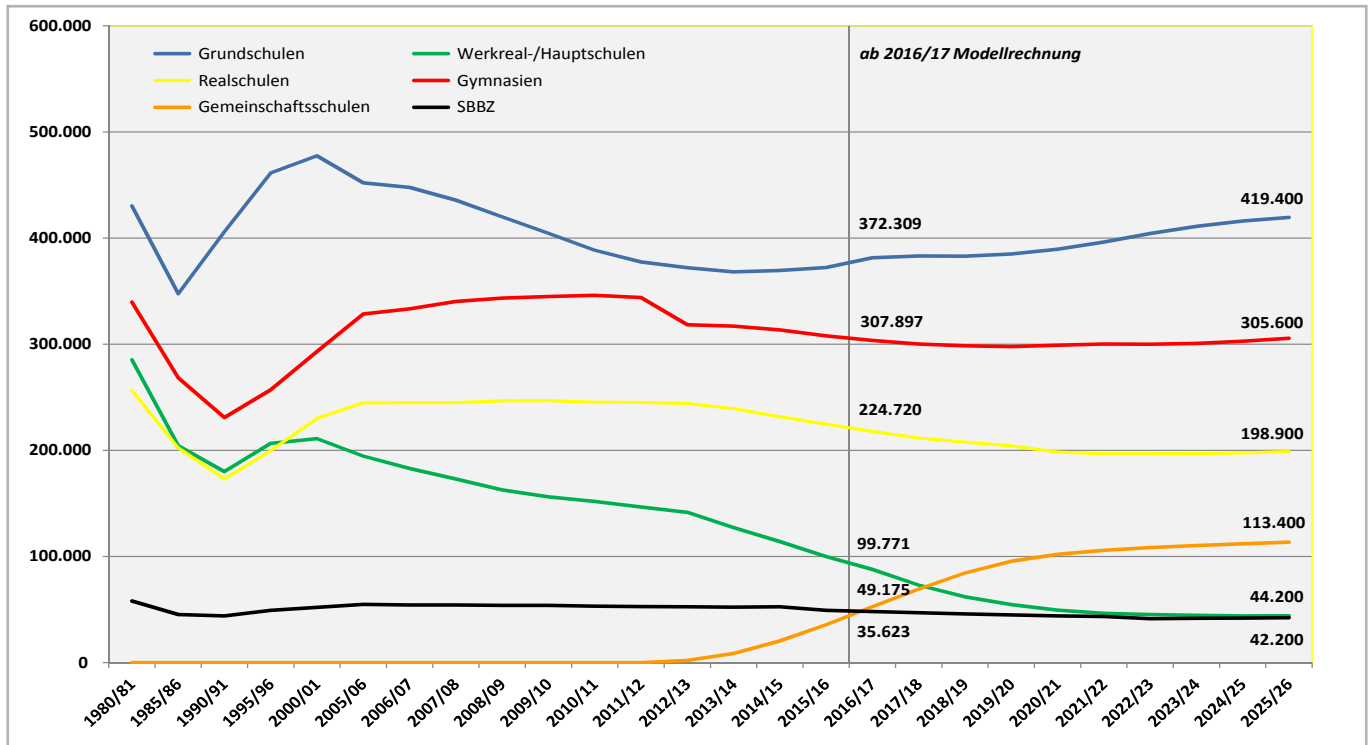


Bildung. Weiter denken!



Kehrtwende bei der Entwicklung der Schüler/innenzahlen?

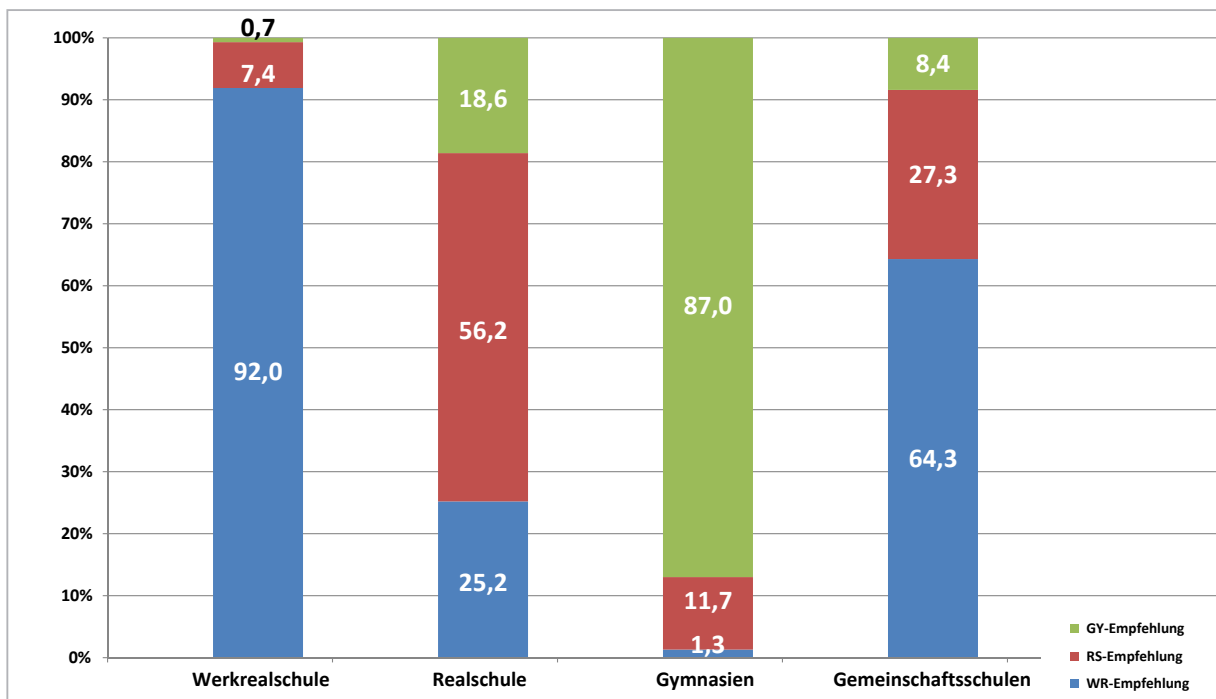
Modellrechnung zu den Schüler/innenzahlen an allgemeinbildenden Schulen



Der jahrelange Rückgang der Schüler/innenzahlen wird sich nicht fortsetzen. Bis 2025 erwartet das Statistische Landesamt sogar eine Steigerung um drei Prozent. Die Zuwanderung ist dabei die große Unbekannte. Bereits jetzt steigen die Schüler/innenzahlen an den Grundschulen.

Änderungen im Übergangverhalten machen die Realschule zur heterogensten Schulart

Übergänge auf weiterführende Schulen nach Grundschulempfehlung 2016/17

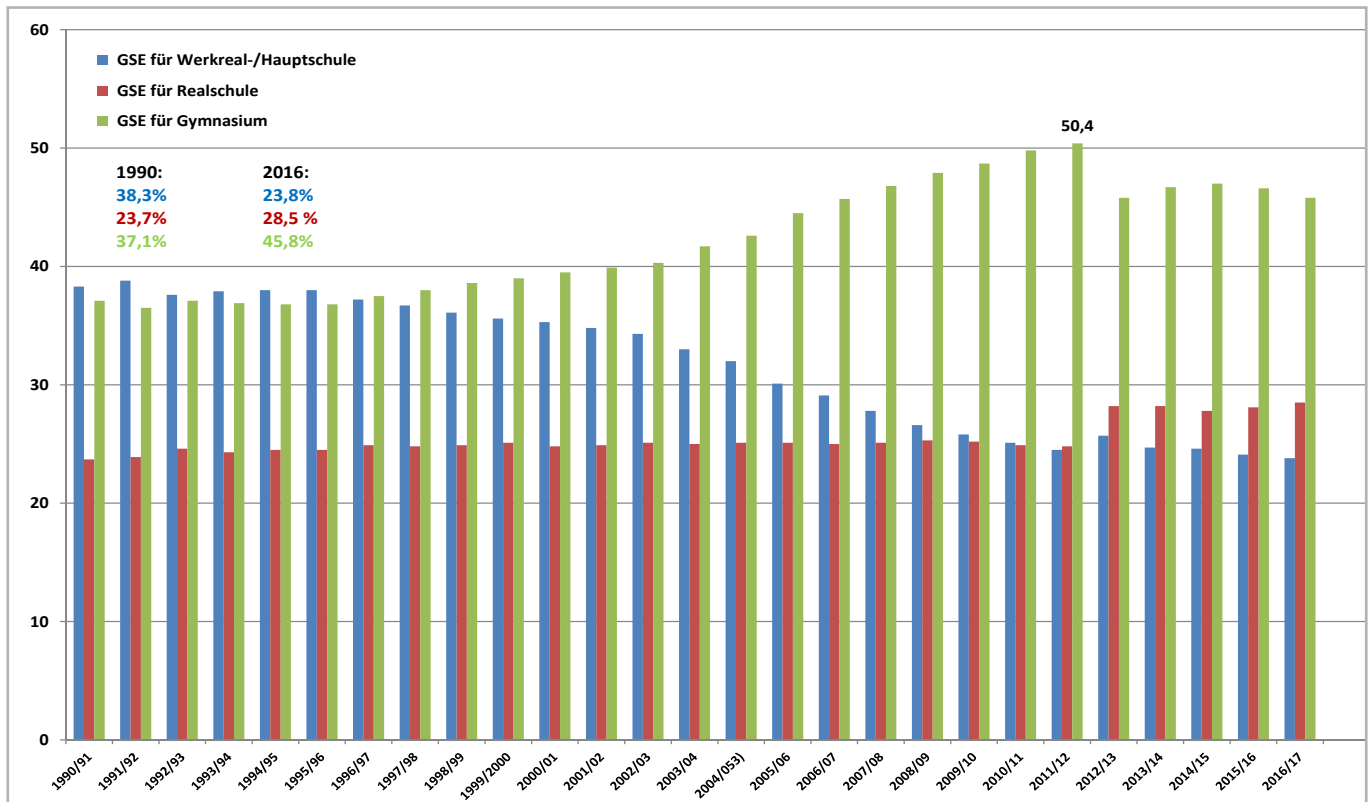


Mit dem Wegfall der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung haben sich Verschiebungen im Schulwahlverhalten ergeben. Vor allem an Realschulen finden sich, gemessen an der Grundschulempfehlung, Schüler/innen der gesamten Leistungsbreite.

Die Realschulen sind dadurch die heterogenste Schulart. An den Gemeinschaftsschulen ist diese Heterogenität erwünscht, aber noch nicht erreicht. Es muss deshalb jetzt darum gehen, die Gemeinschaftsschulen als tragende zweite Säule des Schulsystems zu stärken und auch für Leistungsstarke attraktiv zu machen. Die GEW sieht dies auch als Voraussetzung dafür, dass die Gymnasien ihren spezifischen Bildungsauftrag, in acht Jahren zum Abitur zu führen, besser erfüllen können.

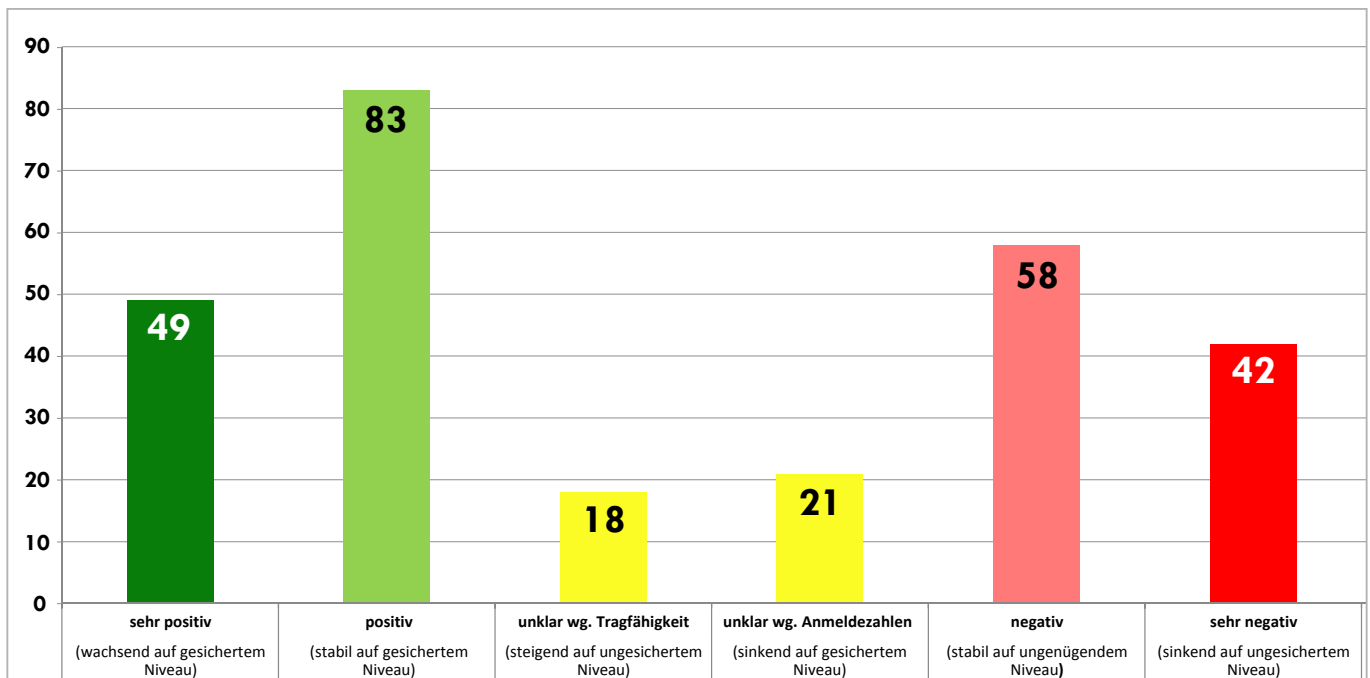
Die Empfehlung für das Gymnasium wird am häufigsten ausgesprochen

Die Anteile der Empfehlungen für das Gymnasium sind seit dem Wegfall der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung signifikant zurückgegangen



Gemeinschaftsschulen (GMS) – zwischen Innovation und Konkurrenz

Entwicklungsperspektiven der GMS (Daten der Tranchen 1 – 4, eigene Berechnungen)



Nach Abschluss der 6. Genehmigungsrunde gibt es jetzt 304 öffentliche und sechs private Gemeinschaftsschulen (GMS) in Baden-Württemberg. Gemessen an den Anmeldezahlen 2016 sind fünf Gemeinschaftsschulen vier- bis sechszülig, die meisten (212) jedoch zweizülig. Legt man den Schwellenwert einer Jahrgangsstufe für eine stabile und gesicherte Schule auf 40 Schüler/innen fest, stehen 169 gesicherten GMS 130 Schulen gegenüber, die diesen Wert nicht sofort oder nicht in jedem Schuljahr erreichen. Diese Annahme geht jedoch weit über die gesetzliche Tragfähigkeit hinaus: Nur wer zwei Schuljahre hintereinander weniger als 16 Schüler/innen in der Eingangsklasse hat, gilt als nicht tragfähig. Dies trifft bislang auf keine Gemeinschaftsschule zu.

Weitere Schließungen von Haupt- und Werkrealschulen stehen an

	Gesamtzahl	Keine Eingangsklasse	davon Fortführung als GMS	Standort gefährdet
2013/14	824	316	123	193
2014/15	782	383	200	183
2015/16	747	442	253	189

Seit dem Schuljahr 2003/04 wurden von damals 1207 Hauptschulen 460 Haupt- und Werkrealschulen geschlossen. Hunderte weitere Standorte werden in den nächsten Jahren folgen, denn die Zahl der Schüler/innen hat sich in diesen Schulen seit 2003 halbiert und sinkt weiter. Der Bildungsgang „Hauptschule“ wird von den Eltern nicht mehr akzeptiert. Dies hat die Freigabe der Schulwahl deutlich gezeigt.

Inklusion: Der Anteil der Schüler/innen mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot ist an den allgemeinbildenden Schularten sehr unterschiedlich

	Lernen	geistige Entwicklung	körperliche Entwicklung	Sehen	Hören	Sprache	emotionale / soziale Entw.
Grundschule	53 %	55 %	64 %	45 %	56 %	79 %	50 %
Haupt-/ Werkrealschulen	20 %	14 %	9 %	5 %	9 %	6 %	23 %
Realschulen	1 %	4 %	7 %	22 %	20 %	2 %	10 %
allgemeinbildende Gymnasien	0 %	0 %	2 %	5 %	1 %	0 %	0 %
Gemeinschaftsschulen	25 %	19 %	15 %	22 %	13 %	13 %	14 %
Integrierte Schulformen	1 %	8 %	3 %	0 %	1 %	0 %	3 %

Im Schuljahr 2015/16 besuchten 49.175 Schüler/innen die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren. An den Grundschulen und weiterführenden Schulen wurden knapp 6.500 Schüler/innen mit festgestelltem Förderbedarf unterrichtet, davon über die Hälfte an Grundschulen. Jeweils gut bzw. knapp ein Fünftel besuchten Gemeinschaftsschulen bzw. Werkreal- und Hauptschulen. Die anderen Schularten spielten kaum eine Rolle (vgl. Stat. Landesamt, Okt. 2016). Die Tabelle zeigt, wie sich die Schüler/innen mit ihrem jeweiligen Förderbedarf vor allem auf die Grund-, Haupt-, Werkreal- und Gemeinschaftsschulen verteilen.

Die zusätzlichen Stellen für die Umsetzung der Inklusion hinken der tatsächlichen Entwicklung meilenweit hinterher

	Schüler/Innen mit BA* an allgemeinen Schulen	Zeitraum	neue Stellen für Inklusion
Begründung Schulgesetz 2015	10.500	Bis 2022	1.350
Schuljahr 2015/16	6.500	Im Schuljahr 2015/16	200 (davon 50 in Schulverwaltung; 28 an Privatschulen; 42 für sonderpäd. Dienst an beruflichen Schulen)

* BA: Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot

Die „geplante“ Inklusionsquote von etwa 28 Prozent, das entspricht 10.500 Schüler/innen, mit einem Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot an allgemeinen Schulen bis zum Jahr 2022, ist viel zu niedrig angesetzt. Bereits im Schuljahr 2015/16, dem ersten Schuljahr nach der Schulgesetzänderung, wurden rund 6.500 Schüler/innen mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot inklusiv an allgemeinen Schulen unterrichtet.

Während das Kultusministerium im Jahr 2014 für die 10.500 Schüler/innen noch einen Bedarf von über 4.000 zusätzlichen Stellen errechnete, wurden im Schulgesetz 2015 nur noch 1.350 zusätzliche Stellen als ausreichend betrachtet, und dies bei einem strukturellen Unterrichtsdefizit im sonderpädagogischen Bereich (SBBZ und Inklusion) von über 8 Prozent. Viele der Stellen können nicht besetzt werden, weil bis 2013 die Studienplätze verringert wurden (WS 2011: 405 Plätze im grundständigen Studiengang, 50 im Aufbaustudiengang; WS 2013: 250 Plätze im grundständigen Studiengang, 70 im Aufbaustudiengang; WS 2017: 425 Plätze im grundständigen Studiengang, 95 im Aufbaustudiengang).

Stellensituation (alle Schularten): 1.074 Lehrerstellen werden 2017 auf der Grundlage veralteter Schülerzahlprognosen gestrichen

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	Summe
Beabsichtigte Stellenstreichungen	1.000	1.200	1.829	1.776	1.685	1.530	1.368	1.214	11.602
davon gestrichen	1.000	363		400					1.763
Restliche Streichungen laut Haushaltsplan 2015/16			0		633	440	200	60	1.333

633 Lehrerstellen werden 2017 auf der Grundlage veralteter Schüler/innenzahlprognosen aus 2014 gestrichen, obwohl Ministerpräsident Kretschmann 2014 zugesagt hatte, dass ab jetzt jährlich neu entschieden werde. Außerdem fallen weitere 441 nicht in der Tabelle abgebildete Stellen weg. Dieser Wegfall resultiert daraus, dass die Verschlechterung der Altersermäßigung 2012 ein zusätzliches Unterrichtsvolumen im Umfang von 441 Deputaten erbracht hat. Diese werden jetzt gestrichen.

Im Haushalt 2017 werden auch neue Stellen ausgewiesen: 320 Stellen für die Grundschulen für die Erweiterung der Kontingentstundentafel und 257,5 für die Poolstunden für Realschulen hatte der Koalitionsausschuss beschlossen. Die Grundschulen erhalten jedoch nur 160 dieser Stellen, da die Hälfte der neuen Stellen für die Umsetzung der Inklusion in allen Schularten eingesetzt wird.

Weitere 160 Lehrerstellen werden der Unterrichtsversorgung für Ganztagsangebote und den Grundkurs Informatik am Gymnasium entzogen.

Unter dem Strich stehen im Schuljahr 2017/18 496,5 Stellen weniger zur Verfügung als 2016/17. Laut Nebenabrede zum Koalitionsvertrag war für das Schuljahr 2017/18 die Einführung des Ethikunterrichts für die Jahrgangsstufe 7 vorgesehen. Die Umsetzung entfällt wegen Lehrermangel.

Aufgrund der aktuellen Prognose der Schüler/innenzahlen ergibt sich für die Grundschulen ein Stellenbedarf von mehr als 2.500 Stellen

Jahr	6- bis unter 10-jährige zum 31.12. ...	Schuljahr	Grundschülerzahl*	Stellenbedarf**	Differenz zum Vorjahr***	Saldo des zusätzlichen Bedarfs
2015 Ist-Werte	391.744	2015/16	379.349	22.091		
2016	396.311	2016/17	383.629	22.304	213	
2017	390.778	2017/18	378.273	21.993	-311	
2018	390.316	2018/19	377.826	21.967	-26	
2019	393.646	2019/20	381.049	22.154	187	
2020	398.925	2020/21	386.159	22.451	297	
2021	411.359	2021/22	398.196	23.151	700	
2022	416.800	2022/23	403.462	23.457	306	
2023	425.550	2023/24	411.932	23.950	492	
2024	429.649	2024/25	415.900	24.180	231	
2025	433.599	2025/26	419.724	24.403	222	
2026	436.604	2026/27	422.633	24.572	169	
2027	438.964	2027/28	424.917	24.704	133	
2028	439.286	2028/29	425.229	24.723	18	
2029	439.072	2029/30	425.022	24.711	-12	
2030	437.999	2030/31	423.983	24.650	-60	2.559 *)

*) Der Stellenbedarf für pädagogische Maßnahmen und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist hier nicht eingerechnet;

* 96,8% der Schulbevölkerung zum 31.12. (Ist 2015/16 und 31.12. 2015); ** bei einer Schüler je Lehrer-Relation von 17,2 (Ist 2015/16); *** eigene Ergänzung

Quelle: Klaus Klemm: Zur demographischen Entwicklung: Starker Anstieg der Zahl der Sechs- bis unter Zehnjährigen bis 2030 (unveröffentlichtes Manuskript, Essen/Stuttgart 2017)

Privatisierung auf dem Vormarsch? Der Anteil an Schulen in freier Trägerschaft in Baden-Württemberg steigt, jedoch auf sehr unterschiedlichem Niveau bei den jeweiligen Schularten

Schulen in privater Trägerschaft	2003/04	2015/16	Veränderung seit 2003		Zum Vergleich (2015/16):	
			in Prozent	absolut	Öffentl. und private Schulen	Anteil privater an allen Schulen
Grundschulen	46	108	135 %	62	2.490	4,3 %
Haupt-/ Werkrealschulen	22	44	100 %	22	791	5,6 %
SBBZ	153	153	0 %	0	567	27 %
Realschulen	35	78	123 %	43	507	15,4 %
Gymnasien	50	81	62 %	31	459	17,7 %
Gemeinschaftsschulen	0	9		9	280	3,2 %
Gesamt	306	473	54,58 %	167	5.094	9,3 %

Die viel diskutierte Zunahme der Schulen in privater Trägerschaft zeigt in Baden-Württemberg ein differenziertes Bild. Die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren verzeichnen traditionell einen hohen Anteil an „Privatschulen“. Deshalb ergaben sich dort in den letzten Jahren auch keine Veränderungen. Bei den anderen weiterführenden Schulen ist vor allem der stark gestiegene Anteil privater Realschulen auffällig.

Gut ein Fünftel aller Gymnasien sind privat. Insgesamt besuchen im Schuljahr 2016/17 rund 104.900 Schüler/innen eine private all-gemeinbildende Schule. Im Schuljahr davor waren es noch etwa 1.000 Schüler/innen weniger.

Die Förderung von zugewanderten Kindern und Jugendliche ohne Sprachkenntnisse ist eine Herausforderung für alle Schularten

VKL	Schüler/innen 2014	Schüler/innen Nov. 2016	Klassen Nov. 2016
Primarstufe (SBBZ, GS, GMS)	10.566	17.343	1.156
SBBZ	0	98	6
Sekundarstufe I:			
GMS/integrierte Schulen	331	2.564	160
Werkrealschulen	5.253	7.873	486
Realschulen	0	1.904	126
Gymnasien	0	1.184	71
Summe Sekundarstufe I		13.623	849
Berufliche Schulen*)			
VABO	1.639	9.268	573

*) Mehr zu den beruflichen Schulen in der Ausgabe der „Daten & Fakten für die beruflichen Schulen“